

Sehr geehrte Damen und Herren

Stadtratsmitglieder,

sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ich freue mich, Ihnen heute den gemeinsam abgestimmten Entwurf des städtischen Doppelhaushalts für die Jahre 2023 und 2024 nebst Investitionsprogramm und Stellenplan sowie die mittelfristige Finanzplanung bis 2027 vorzustellen. Ich möchte mich hierbei ausdrücklich bei den Stadträten bedanken, die sich dafür eingesetzt haben.

Vorab möchte ich sagen und das unabhängig davon, wie jeder einzelne für sich persönlich diese Dinge sieht und bewertet, sind die letzten Jahre geprägt durch die

Einschränkungen und Folgen der Corona-Pandemie.

Diese konnten wir zwischenzeitlich hinter uns lassen.

Mit dem Krieg zwischen der Ukraine und Russland, kam eine beispiellose Entwicklung der Energiepreise und eine daraus resultierende Inflation, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht gesehen haben und die unsere Planungen in vielen Bereichen erschüttert haben.

Es scheint, als würde man aus dem Krisenmodus der letzten Jahre gar nicht mehr herauskommen und diese globalen Herausforderungen tangieren unmittelbar auch uns in Bad Langensalza.

Die Verwaltung muss sich immer wieder neue Lösungen, Strategien und Maßnahmen überlegen, um den Weg zu einem ausgeglichenen Haushaltsplan zu finden.

Mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 liegt uns ein Plan vor, aus dem wir die Schwerpunkte unseres Handelns für die nächsten Jahre ableiten können.

Der Weg zu diesem Ergebnis war für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung lang und steinig. Die internen Haushaltsberatungen waren in diesem Jahr so intensiv wie noch nie. Es wurden zahlreiche Beratungen durchgeführt, in der sich über Sparmaßnahmen und Einnahmeverbesserungen ausgetauscht wurde.

Sparen bedeutet Verzicht – Dies auch auszusprechen und zu verinnerlichen, dass dabei nicht jeder Wunsch erfüllt werden kann, ist unsere Aufgabe.

Als die Mittelanmeldungen der Fachämter für das Jahr 2023 vorlagen, ergab eine erste Zusammenstellung, dass dem Verwaltungshaushalt ca. 1 Millionen Euro zum Ausgleich fehlten und im Vermögenshaushalt

ca. 4,6 Millionen Euro Finanzmittel benötigt wären, um einen Ausgleich zu erreichen.

Grundsätzlich verfügbar, wäre für die Finanzierung die Rücklage gewesen. Nach Hochrechnungen stand jedoch fest, dass zum Ausgleich des Haushaltsjahres 2022 deutlich mehr Mittel der Rücklage entnommen werden mussten, sodass nach dem Ausgleich des Jahres 2022 nicht mal mehr die Mindestrücklage geblieben wäre. Eine Finanzierung der Investitionsmaßnahmen im Jahr 2023 wäre damit **nicht** möglich gewesen.

Die Entwicklung des Haushaltes mit dem Blick auf das voraussichtliche Ergebnis machten eine Haushaltsplanung für 2023 unter Berücksichtigung aller Bedarfe unmöglich und der Haushaltsausgleich schien für die Verwaltung unerreichbar.

Somit stand fest, dass die angemeldeten Haushaltsreste kritisch hinterfragt, gekürzt und um nicht zwingend notwendige Sachen bereinigt werden mussten. In der Folge, wurde die Rücklage im Jahr 2022 etwas weniger belastet, um eine Finanzierung von wenigen, dringend notwendigen und zeitlich nicht verschiebbaren Maßnahmen im Jahr 2023 überhaupt zu ermöglichen.

Gleichzeitig wurde der Verwaltungshaushalt besonders durch die Tarifierpassungen und auch die Energiekosten, die sich bis hin zu den Kitas bemerkbar gemacht haben, belastet.

Wir erhielten im Frühjahr die Information, dass durch Unternehmen erhöhte Steuereinnahmen zu erwarten sein werden. Das Jahresergebnis 2022 mit der ermittelten notwendigen Rücklageentnahme bildeten den Ansatzpunkt für die zukünftige städtische Investitionsfähigkeit. Die resultierenden verwaltungsinternen Kürzungsrunden, versehen mit Priorisierungen der Vorhaben,

führten zu den notwendigen Streichungen oder Verschiebungen.

Damit die Verwaltung in der Lage ist, Fördermittel und die dazu notwendigen Stellungnahmen noch im Jahr 2023 beantragen zu können, um im Jahr 2024 frühzeitig mit der Umsetzung der Maßnahmen zu beginnen, entstand das Vorhaben und die einzig richtige Entscheidung, den Haushalt für das Jahr 2024 gleich mit zu beschließen.

Es ist Ihnen bekannt, dass infolge des verhängnisvollen Cyber-Angriffs nicht in die planmäßige Haushaltsdebatte gestartet werden konnte. Durch das Team unserer IT wurde hervorragende Arbeit geleistet, sodass nach und nach alle Bereiche wieder ans Netz gebracht werden konnten.

Dennoch kam es bei der Haushaltsplanung zu einer mehrere Wochen andauernden Verzögerung. Mit der Wiederkehr des

Datenbestandes konnte die Verwaltung die Haushaltsplanung erarbeiten und diese Anfang Juli im SD-Net hochladen.

Daraufhin hatten die Stadtratsmitglieder 6 Wochen Zeit zur Prüfung. In dieser Zeit stand der Fachbereich III für Fragen bereit. Erst wenige Tage vor dem Haupt- und Finanzausschuss kamen hierzu Anfragen der Stadtratsmitglieder, die durch die Verwaltung schnellstmöglich beantwortet wurden.

In den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses haben wir Änderungsanträge der Verwaltung und der Fraktionen diskutiert und abgestimmt.

Somit fand die Verwaltungsvorlage mit den beschlossenen Änderungsanträgen das Wohlwollen des Haupt- und Finanzausschusses und ein Empfehlungsbeschluss wurde gefasst.

In den letzten Tagen wurden die besprochenen Änderungen eingearbeitet. Das Endergebnis liegt nun zur Beschlussfassung vor.

Die Aufstellung eines solchen Werkes ist nicht einfach, und in den aktuell unruhigen Zeiten aber ungleich schwerer. Dennoch ist es gelungen, einen beschlussfähigen Doppelhaushalt 2023/24 auf die Beine zu stellen, der unsere schöne Kur- und Rosenstadt weiter voranbringen wird.

Aufgrund der Fortschreitung des Jahres haben wir nun die ideale Zeit, den Haushalt für das Jahr 2024 zu beschließen. Es gibt keine bekannten Indikatoren, die dafürsprechen, dass wir bis zum Jahresende neue Informationen erhalten werden, die das Haushaltsjahr 2024 massiv beeinflussen.

Auch diese Tatsache ist ein wichtiges Argument für den vorgeschlagenen

Doppelhaushalt. Derzeit sind unsere Vorhaben und die Durchführung durch die vorläufige Haushaltsführung stark eingeschränkt und wir verlieren wertvolle Zeit, Maßnahmen umzusetzen, die bereits in den Startlöchern stehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich nun zu dem eigentlichen Zahlenwerk kommen. Das Haushaltsvolumen beläuft sich für das Jahr 2023 auf 41,8 Millionen Euro und für das Jahr 2024 auf 41,7 Millionen Euro.

Allein der Verwaltungshaushalt steigt in den Jahren 2023 und 2024 gegenüber dem letzten Jahr um über 3 Millionen Euro. Diese Entwicklung resultiert hauptsächlich aus den Tarifierpassungen und der allgemeinen Inflation.

Zur Finanzierung dieser Ausgabesteigerung dienen Landeszuweisungen, Steuereinnahmen und sonstige Einnahmen

aus Verwaltung und Betrieb. Gemäß dem Landeshaushalt verzeichnen wir eine Einnahmesteigerung bei Schlüssel- und sonstigen Zuweisungen.

Ein gängiges Instrument die Ausgabensteigerung abzufangen, ist beispielsweise die Erhöhung der Grundsteuern. Doch die Bürgerinnen und Bürger leiden derzeit bereits genug unter hohen finanziellen Belastungen.

Diese wirken sowohl auf die unteren Einkommensgruppen bis hin zur Mittelschicht. Auf eine weitere zusätzliche Belastung habe ich daher zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger verzichtet. Aufgrund dessen sieht der Haushaltsplan keine Erhöhung der Hebesätze vor.

Dies ist in Zeiten der galoppierenden Inflation unglaublich wichtig und richtig! Dennoch

können wir Steuermehreinnahmen verzeichnen. Diese resultieren aus der sich erholenden wirtschaftlichen Lage sowie den coronabedingten Nachholeffekten bei Gewerbesteuerereinnahmen.

Diese steigen im Planansatz von 9,5 Mio € im Jahr 2022 und auf 10,5 Millionen Euro im Jahr 2023. Aufgrund des nachlassenden Nachholeffektes schätzen wir im Jahr 2024 nur noch mit 10 Millionen Euro an Gewerbesteuerereinnahmen.

Weiterhin werden die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb aufgrund von Preisindexanpassungen geringfügig steigen.

Eine der prägendsten Ausgabeposition im Verwaltungshaushalt sind die deutlich gestiegenen Personalkosten. Aufgrund der Tarifanpassungen ist hier eine Steigerung im Jahr 2023 um 700.000 € und nochmal 900.000 € im nächsten Jahr zu erwarten. Eine

weitere hohe Ausgabeposition, die den Verwaltungshaushalt stark beansprucht, sind die Kreis- und Schulumlage in Höhe von 9,6 Millionen im Jahr 2023 und 9,4 Millionen im Jahr 2024, auf die wir keinen Einfluss haben.

Beachtlich sind auch die Kitaausgaben in Höhe von 7,8 Millionen, denen Landeszuweisungen in Höhe von 3,5 Millionen Euro entgegenstehen. So ergibt sich ein Zuschussbedarf von 4 Millionen Euro, der aus kommunalen Mitteln zu finanzieren ist.

Zum Vergleich: im Jahr 2021 betrug der Zuschussbedarf noch 600.000 € weniger.

Die Sachkosten in Höhe von 4,9 Mio € im Jahr 2023 bzw. 4,5 Mio € im Jahr 2024 entwickeln sich aufgrund von Einsparungen, trotz allgemeiner Preissteigerung, analog den Vorjahren.

Besonders positiv möchte ich an dieser Stelle erwähnen, dass das Ergebnis des Verwaltungshaushaltes erfreulicherweise eine Zuführung an den Vermögenshaushalt ist, die sogar über der Mindestzuführung liegt.

Genauere Zahlen können Sie der Seite 14 des Vorberichtes entnehmen.

Kommen wir nun zum Vermögenshaushalt. Dieser hat in diesem Jahr ein Gesamtvolumen in Höhe von 3,3 Mio € und im nächsten Jahr ein Gesamtvolumen von 3,1 Mio €. Zusammenfassend muss an dieser Stelle festgehalten werden, dass der Vermögenshaushalt im Vergleich zum Vorjahr um zwei Drittel gesunken ist.

Die erforderliche Mindestrücklage wird weiter vorgehalten.

Diese Einnahmen werden eingesetzt, um die geplanten Investitionsmaßnahmen umzusetzen. Auf die im Investitionsplan aufgezeigten Maßnahmen gehe ich gleich ein.

Positiv zu erwähnen ist, dass wir weiterhin daran arbeiten unsere Schuldenlast zu reduzieren, damit nachfolgende Generationen nicht übermäßig belastet werden.

Um das zu verdeutlichen nutze ich das Beispiel Friederikentherme:

Erst in diesem Jahr wird der ursprüngliche Kredit aus der Errichtung der Therme im Jahr 1999 zurückgezahlt sein, wohingegen wir bereits seit 2017 knapp 20 Mio € in die energetische Sanierung und Attraktivierung neu investieren mussten.

An dieser Stelle geht unser Dank an den Freistaat Thüringen als Fördermittelgeber, ohne den eine Realisierung dieses Mammut-Projektes unsererseits überhaupt nicht möglich gewesen wäre. Mit dem Abschluss des Thermenumbaus ist ein Meilenstein in diesem Jahr erreicht worden.

Das Thermalbad begeistert mit seinem neuen Saunabereich und macht seinem Namen als Herzstück der Kur- und Wellnessangebote in

Bad Langensalza wieder alle Ehre. Darüber bin ich sehr glücklich und stolz.

Das Wichtigste bei den ganzen Zahlen, welche ich Ihnen vorgetragen habe ist, dass die dauernde Leistungsfähigkeit erstmals seit 2020 nicht nur in den Folgejahren, sondern auch im Planjahr positiv ist. Es deutet sich demnach an, dass aus jetziger Sicht die finanzielle Talsohle überwunden scheint. In den Folgejahren werden daher größere Projekte möglich werden. Hierzu bestehen bereits erste Pläne beispielsweise für die Umrüstung der Straßenlaternen auf LED, eine Fahrzeugbeschaffung für die Feuerwehr und die Erneuerung der Heizungsanlage im Kultur- und Kongresszentrum.

Für Euphorien ist es an dieser Stelle dennoch zu früh. Der Finanzplan zeigt zwar den finanziellen Handlungsspielraum der Stadt, aber wir sollten Bedenken, dass im Laufe des Haushaltsjahres auch unvorhersehbare Ereignisse eintreten können. An dieser Stelle werden wir gezwungen sein, zu handeln. Der

Haushaltsausgleich muss unbedingt erhalten bleiben und hierfür müssen wir im Bedarfsfall alle Anstrengungen unternehmen.

Wir haben die Verantwortung für die Steuergelder, die uns zur Verfügung stehen, was uns umso mehr dahingehend leiten soll, bei allen Entscheidungen die Bürgerinnen und Bürger aus unserer Stadt und der Ortsteile und deren Zukunft in den Mittelpunkt zu stellen.

Das Ziel unseres Doppelhaushaltes muss sein, dass wir uns auf die wesentlichen Maßnahmen zur Weiterentwicklung unserer Stadt konzentrieren.

Aktuell muss die Bereitschaft vorhanden sein, neue Ideen zu entwickeln und neue Wege zu wagen. Mit einem hohen Maß an Kreativität, können die Aufgaben und Herausforderungen mit knapperen Mitteln realisiert werden. Dies kann zu einem Umdenken und Neudenken erwachen, wodurch auch in Zeiten knapper Kassen optimale Ergebnisse zustande kommen können.

Dies ist an den Investitionsmaßnahmen zu sehen, die wir trotz der Haushaltssituation realisieren könnten, wenn wir heute den Doppelhaushalt beschließen.

Im Bereich der öffentlichen Verwaltung werden wir beispielsweise weiter in die Digitalisierung investieren. Mit der diesjährigen Auftragsvergabe für das stadteigene Bürgerportal „Open Rathaus“ kommt die Stadtverwaltung Bad Langensalza nicht nur ihrer rechtlichen Verpflichtung nach, Verwaltungsdienstleistungen auch digital anzubieten, sondern bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern künftig eine anwenderfreundliche und vor allem effiziente Alternative zum „Gang ins Amt“. Mit diesem innovativen Schritt schafft die Stadt Bad Langensalza in Thüringen ein Alleinstellungsmerkmal der Digitalisierung. Die damit verbundenen Prozessverknüpfungen innerhalb der Verwaltung schafft einen unersetzlichen Mehrwert unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Dieser Mehrwert ist letzten Endes langfristig jedoch nur zu erhalten, wenn wir jetzt und in

den nächsten Jahren weiterhin die Bereitschaft und den Mut aufbringen, aktiv dem Digitalisierungstrend einerseits folgen und zugleich aktiv mitgestalten.

Weitere wichtige Investitionen sind im Bereich der Feuerwehr geplant. Die Feuerwehr Bad Langensalza konnte im vergangenen Jahr 337 Einsätze verzeichnen. In diesem Jahr sind es bereits 230. Gemäß § 3 Abs. 1 Punkt 1 des Thüringer Brand- und Katastrophenschutzgesetzes ist die Gemeinde verpflichtet eine Feuerwehr aufzustellen, die an einer Bedarfs- und Entwicklungsplanung orientiert ist und den örtlichen Verhältnissen entsprechend mit den erforderlichen baulichen Anlagen und Einrichtungen sowie technischer Ausrüstung auszustatten und zu unterhalten ist. Daher ist es auch in diesem Bereich wichtig und unsere gesetzliche Pflicht zu investieren. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bad Langensalza und der Ortsteile darf durch notwendige Sparmaßnahmen nicht gefährdet werden.

Auch die Umsetzung weiterer Maßnahmen für den Klimaschutz werden uns noch viele Jahre beschäftigen und daher in den nächsten Jahren fortgeführt.

Es ist uns gelungen, umfassende Investitionsmaßnahmen in den Bereichen städtische Infrastruktur, Kultur, Sport und Erholung und diversen Baumaßnahmen an öffentlichen Einrichtungen einzuplanen und die Durchführung mit Beschluss des vorliegenden Doppelhaushaltes möglich zu machen. Ebenfalls sind investive Einzelmaßnahmen in den Kindergärten und Spielplätzen geplant. Diese werden aus Mitteln der Infrastrukturpauschale finanziert.

Sie sehen, es sind viele Maßnahmen geplant, die sich auch in das Jahr 2024 erstrecken werden. Die Investitionen bringen unsere Stadt und die Ortsteile weiter voran. Die Baumaßnahmen in den Bürgerhäusern, die durch das Förderprogramm „Dorferneuerung“ finanziert werden konnten, sind eine enorme Bereicherung für das dörfliche

Zusammenleben. Jeder, der das Gemeinschaftsgefühl auf den Ortsteilen kennt weiß, dass der Zusammenhalt und auch das ehrenamtliche Engagement großgeschrieben werden. Dies gilt es zu unterstützen.

Es ist daher nur angebracht, die Bürgerhäuser für die Bürgerinnen und Bürger ohne Einschränkungen nutzbar zu machen, damit traditionsreiche Veranstaltungen in vollem Umfang durchgeführt werden können. Auch Maßnahmen wie die Anschaffung neuer Einrichtungsgegenstände können mit Beschluss des Haushaltes am heutigen Tag zum Teil realisiert werden.

Weiterhin wird das umfangreiche Maßnahmenpaket der städtebaulichen Sanierung mit einem Umfang von rund 11 Mio € in den nächsten Jahren durch die DSK fortgeführt.

Auch die Umsetzung kostspieliger Straßenbaumaßnahmen, wie beispielsweise die grundhafte Sanierung des Homburger

Weges, der Schulstraße in Ufhoven, liegen heute in unseren Händen. Unser Orientierungsplan ist dieser aufgestellte Haushaltsplan für das Jahr 2023/2024 und es ist unsere Pflicht als Stadt handlungsfähig zu sein und auch zu bleiben.

Zum Stellenplan ist zu sagen, dass dieser im Wesentlichen unverändert gegenüber dem Vorjahr ist. Er ist sogar leicht reduziert. Berücksichtigt man die Arbeitszeitreduzierung der Beschäftigten von tariflichen 40 Wochenstunden auf 39 Stunden ergibt sich eine Stellenreduzierung von rund 3 Vollzeitstellen, die die Verwaltung kompensiert, ohne einen Mehrbedarf angemeldet zu haben.

In den vorbereitenden Diskussionen des Haupt- und Finanzausschusses waren verschiedene Vorschläge der Fraktionen enthalten, die eine Reduzierung von Stellen und von Personalkosten beinhalteten.

Eine Reduzierung der Personalkosten wird allein schon dadurch erreicht, dass frei

gewordene Stellen derzeit unbesetzt sind und einige Langzeiterkrankte zu verzeichnen sind. Die dadurch eingesparten Personalkosten konnten für Anträge der Fraktionen zu einzelnen Projekten umgeschichtet werden.

Die Überlegung einiger Stadtratsmitglieder ging dahin, dass durch die Digitalisierung Arbeitszeit eingespart werden müsse. Dazu ist zu sagen, dass der Gedanke grundsätzlich richtig ist, wir uns aber noch am Anfang der Digitalisierung befinden und dies für die Haushaltsplanung 2023/2024 nicht zum Tragen kommt. Arbeitszeiteinsparungen durch die Digitalisierung werden unsererseits erst in den nächsten 5-10 Jahren erwartet.

In dieser Zeit werden voraussichtlich 29 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Verwaltung und weitere 21 Bedienstete aus dem Gartenbauamt in den Ruhestand eintreten. Ein gewaltiger Umbruch kommt dadurch auf uns zu, der personalwirtschaftlich bewältigt werden muss und wobei dann auch die Digitalisierung einfließen kann.

Zu Bedenken ist aber auch, dass auch im öffentlichen Dienst zunehmend geeignetes Personal Mangelware ist und jetzt schon beobachtet werden kann, dass die Verwaltungen wie beispielsweise Gemeinden, Städte und Landkreise untereinander in Konkurrenz um Fachkräfte treten. Ein Signal des Stellenabbaus und des Freisetzens von Personal ist hier das absolut falsche Signal nach außen. Verfolgen dies doch gerade diejenigen, die wir künftig brauchen werden. Es gilt für die Stadt als Arbeitgeberin attraktiv zu bleiben und diese zu steigern, um hier Vorteile auf dem Bewerbermarkt zu generieren.

Dies haben wir schon frühzeitig erkannt und bereits unterschiedliche Maßnahmen ergriffen, wie beispielsweise die Einführung eines Gesundheitsmanagements, E-Bike-Leasing, mobiles Arbeiten und flexible, familienfreundliche Arbeitszeiten. In Bewerbungsgesprächen konnten wir feststellen, dass die Aufzählung dieser Maßnahmen bei den Bewerberinnen und

Bewerbern sehr wohlwollend und positiv aufgenommen wurden. Deshalb gilt es keine falschen Signale nach außen zu senden, um die Verwaltung als Arbeitgeberin auf dem Arbeitgebermarkt nicht zu diskreditieren.

Ich möchte an dieser Stelle nochmals an Sie alle appellieren und Sie bitten, sich der Konsequenzen, die eine Ablehnung dieses Haushaltsplans mit sich bringt, bewusst zu werden.

Sollte der Änderungsantrag zur getrennten Beschlussfassung für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 Zustimmung finden, muss ich die Beschlussfassung zum Doppelhaushalt und zur Finanzplanung von der Tagesordnung nehmen, weil die erstellten Vorlagen falsch wären.

Alle Übersichten und der Vorbericht müssten neu erarbeitet werden, um allein das Jahr 2023 darzustellen. In der nächsten Stadtratssitzung Anfang November, könnte

dann der Haushaltsplan 2023 vorgelegt und beschlossen werden.

Die Quintessenz ist, dass für einige Fördermittelanträge die Antragsfrist aber bereits am 30.09.2023 abläuft. Um einen Antrag vollständig zu stellen, ist auch der Nachweis der finanziellen Mittel und eine kommunalaufsichtliche Stellungnahme dazu notwendig.

Diese kann nur auf Basis eines beschlossenen Haushaltes oder Finanzplanes erfolgen. Ohne einen beschlossenen Haushalt verlieren wir wichtige Fördermittel beispielsweise für die Sanierung des Sportlerheims in Henningsleben.

Aus eigener finanzieller Kraft sind manche Maßnahmen nicht stemmbar und ohne eine rechtzeitige Antragsstellung ist das Projekt, so klar muss man das an dieser Stelle sagen, „gestorben“.

Außerdem wäre der Novemberstadtrat genau der Termin, an dem der Haushalt 2024 in den Stadtrat normalerweise eingebracht werden würde. Es läuft also aufgrund des Zeitfortschrittes auf eine „gleichzeitige“ Beschlussfassung der nun getrennten Haushaltsjahre 2023 und 2024 hinaus. Eine Änderung am Datenbestand 2024 wird, wie bereits erwähnt, ohnehin nicht erwartet. Einen prognosesicheren – vielleicht auch verbesserten - Haushalt 2024 könnten wir wieder nach der Jahresrechnung 2023 – also etwa im Mai 2024 – erstellen und vorlegen. Wieder wäre dann eine lange Zeit der vorläufigen und damit beschränkten Haushaltsführung die Konsequenz. Das kann und darf nicht das Ziel und der Wille unsererseits sein. Und ich halte an dieser Stelle fest, dass in meinen Augen jedes Mitglied, welches hier für eine Trennung der Haushaltsjahre stimmt, die Arbeit der Verwaltung und das Voranbringen unserer Stadt boykottiert und ein klares Zeichen setzt,

dass hier nicht mit- sondern gegeneinander gearbeitet wird.

Weiterhin stelle ich mich vehement gegen die Behauptung, dass die Einreichung des Endergebnisses zu spät kam und die Beschlussfassung aufgrund dessen hier nicht stattfinden kann.

Dieses Argument geht völlig an der Sache vorbei. Die erarbeitete Vorlage ist nichts anderes als der Entwurf mit den eingearbeiteten abgestimmten Änderungsanträgen.

In diesem Dokument steht nichts, was Sie nach den vorbereitenden Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses nicht bereits wussten. Ich lasse es nicht zu, dass die Verwaltung hier als Sündenbock für die Stadtratsmitglieder agieren soll. Es ist die Entscheidung eines jeden Einzelnen der Beschlussfassung zuzustimmen oder eben

nicht, aber die Verwaltung vors Loch zu schieben ist ein schäbiges Verhalten, welches ich an dieser Stelle zutiefst kritisiere.

Ich wünsche mir dennoch sehr, dass wir die nachfolgenden Gespräche sachlich und konstruktiv führen – für unsere Stadt und unsere Bürgerinnen und Bürger, die auf viele Veränderungen und Maßnahmen warten. Ich, als Bürgermeister der Stadt Bad Langensalza stehe mit besten Wissen und Gewissen hinter diesem Haushaltsplan und hoffe, dass auch Sie es tun - zum Wohle unserer Stadt.

Matthias Reinz

Bürgermeister

Haushaltsrede von Bürgermeister Matthias Reinz zur Einbringung des Haushaltes für 2023/2024 im Rahmen der Stadtratssitzung am 14.09.2023